

GGG Landesverbände



Bremen
Karlheinz Koke



Hamburg
Barbara Riekman



Nordrhein-Westfalen
Reiner Dahlhaus



Schleswig-Holstein
Cornelia Östreich



Hessen
Ingrid Burow-Hilbig



Dieser Link führt zu den Artikeln der Rubrik „Länderspiegel“

Bremen

Karlheinz Koke

Zum Schuljahresbeginn 2022/23 konnte die Behörde in Bremen nicht alle Lehrerstellen besetzen: Es bleibt eine Lücke von 96 Vollzeitstellen, die vor allem die Oberschulen und nicht die Gymnasien betrifft. Mehr als in den Vorjahren sind Lehrer in den Ruhestand oder aus anderen Gründen aus dem Schuldienst ausgeschieden (knapp 200). Niedersachsen, das ebenfalls unter Lehrermangel leidet, zahlt neuen Lehrkräften einen monatlichen Zuschlag von 400 € für die beiden ersten Jahre. In dieser prekären Lage ist Bremen nicht, denn man hofft in der Behörde die extrem hohe Teilzeitquote bei den Lehrkräften zu senken. Dazu ist eine Arbeitsgruppe gebildet worden, an der auch der Personalrat Schulen teilnimmt. Das Aufstocken der Stundenzahl bei den Kollen ist oberstes Ziel, um der Mangelsituation Herr zu werden. Die Option auf ein Sabbatjahr soll hingegen nicht angetastet werden. Die Stadtteilschule als übergeordnete Institution, die einen großen Pool an Vertretungstunden (ca. 450 Std.) für alle Schulen Bremens bereithält, versorgt die an Stunden defizitären Schulen, oft durch Studenten mit Bachelorabschluss. Insgesamt können von der Stadtteilschule 4500 Std. in den Unterrichtsbetrieb eingebracht werden, was natürlich keine glückliche Lösung ist, der Stundenausfall aber so kompensiert werden kann. Zudem haben sich immerhin 10 Pensionäre zur Weiterarbeit entschlossen. Daneben gibt es noch eine Anzahl von ehemaligen Lehrern,

die als unbezahlte Honorarkräfte an den Schulen arbeiten. Weiterhin minimieren ca. 140 Referendare das Stundendefizit an den Schulen. Auch dass die Gehälter an den Grundschulen denen an den weiterführenden Schulen angeglichen worden sind, trägt zur Entlastung bei. Die Schulsozialarbeit liegt nicht so arg im Minus, dennoch gibt es Lücken, die schwer kompensiert werden, da es schwieriger wird, Sozialkräfte zu gewinnen.

77.500 Schüler/innen sind ins neue Schuljahr gestartet, 3200 mehr als im Vorjahr. 4200 Schüler wechseln in die fünften Klassen, 3150 in die Oberschulen mit zum Teil gymnasialen Oberstufen, 1050 an die Gymnasien (ohne die privaten Gymnasien mit dazuzurechnen). Zu den neuen Schülern zählen auch 1050 aus der Ukraine.

Kontakt

► KarlheinzKoke@ggg.web.de

Hamburg

Barbara Riekmann

Schwerpunkt gymnasiale Oberstufe

Das Zweisäulensystem in Hamburg aus Gymnasien und Stadtteilschulen wurde 2010 rechtlich so konzipiert, dass jede Stadtteilschule, wenn möglich, eine gymnasiale Oberstufe einrichten darf. Für die Stadtteilschule gilt die Vorgabe 13 Jahre, für die Gymnasien 12 Jahre bis zum Abitur. Die meisten Stadtteilschulen in Hamburg haben heute eine eigene Oberstufe, nur wenige kooperieren mit Oberstufen von Stadtteilschulen oder Gymna-

sien. Mittlerweile stellen die 58 Stadtteilschulen in der Stadt ca. ein Drittel der Abiturient:innen, was als ein riesiger Erfolg gewertet werden darf, im Bundesdurchschnitt stellen die Schulen des gemeinsamen Lernens 14 % der Abiturient:innen.

Alle gymnasialen Oberstufen der Stadt – auch die der Gymnasien – sind seit 2009 Profiloberstufe. Die Entwicklung zu Profiloberstufen, die fächerverbindend und fächerübergreifend arbeiten sollen, wurde jedoch mit Einführung des Zentralabiturs und der besonderen Betonung der Kernfächer sowie weiterer einengender Vorgaben stark eingeschränkt. Für die Entfaltung und die Gestaltung von Profiloberstufen braucht es Freiräume hinsichtlich der Kombination von Fächern. Die Schulen sind bei der Fächerverbindung darauf angewiesen, dass die Bildungs- und Lehrpläne kompetenzorientiert sind und stoffliche Vorgaben so gering wie nötig gehalten werden.

Das Gegenteil ist jedoch in der jüngsten Bildungspolitik der Stadt Hamburg der Fall. Als Teil eines „Schulfriedens“, den der rot-grüne Senat mit der CDU und FDP geschlossen hat, sind die Bildungspläne überarbeitet worden und enthalten nunmehr in einem starken Maße stoffliche Vorgaben, die die curriculare Beweglichkeit und damit die Profilarbeit deutlich behindern; dies gilt auch für die Arbeit der Grundschule und der Sekundarstufe I.

Diese „Stoffverliebtheit“ in der Novellierung der Bildungspläne ist von vielen Gruppen und Verbänden der Stadt einmütig kritisiert worden. Der Senator hat dies zum Anlass genommen, die

Umsetzung vorerst auszusetzen, um die Fragen zu klären. Man darf gespannt sein.

Kontakt

► BarbaraRiekmann@ggg-web.de

Hessen

Ingrid Burow-Hilbig

„Schonen schadet“ - das Motto von Beatenberg



Vom 21.10. bis 24.10.2022 fand unsere jährlich stattfindende Tagung im Institut Beatenberg mit anschließendem Besuch in der Alemannenschule in Wutöschingen statt. Diese Tagung wird zusammen mit Günther Clemens, GGG-Landesvorstand Saarland, geplant und durchgeführt. 30 Kolleginnen und Kollegen aus Schleswig-Holstein und Hessen hatten sich angemeldet. Die Teilnehmenden kamen aus integrierten und kooperativen Gesamtschulen, aus Grund- und Förderschulen. Alle hörten mit großem Interesse dem Vortrag von Sandro Müller zu, dem es wieder einmal nach einem langen Tag gelang, die ZuhörerInnen zu fesseln. Lernende wollen gefördert und gefordert werden. Die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen verläuft selten im Gleichschritt, so dass

die Lernteams in Beatenberg nicht nach Alter oder Klassen zusammengesetzt sind. Die Arbeitsplätze der Lernenden und ihrer Coaches konnten betrachtet werden und wurden als Quelle der Inspiration für die Aufträge genutzt, die die Teilnehmenden aus ihren Schulen mitgebracht hatten. Themen waren z.B. „Wie können wir bauliche Veränderungen mit unserem Lernkonzept kompatibel machen?“, oder „Wie können wir die Kompetenzraster wieder in unseren Schulalltag implementieren?“

Am Montagmorgen fuhren alle zur Alemannenschule nach Wutöschingen.

Auch hier sahen wir, dass die Lernenden selbstbestimmt in altersgemischten Gruppen gemeinsam lernen. Voller Stolz berichtete der Schulleiter, S. Rupaner, dass der erste Durchgang ein hervorragendes Abitur bestanden hat.

Sehr zufrieden traten anschließend die Teilnehmenden ihre Heimreise an.

Unsere Erfahrung hat gezeigt, dass zuerst die Alemannenschule (oder eine andere Schule) und dann das Institut Beatenberg besucht werden sollten. So könnten die Erfahrungen in die Arbeitsphasen besser einfließen. Unsere nächste Tagung findet vom 20. 10. bis 23. 10. 2023 wieder im Institut Beatenberg und vorab mit einem Besuch des Montessori Zentrums Angell in Freiburg statt.



Andere hessische Termine

- In der Reihe „Neu(e) an der IGS“ ist eine Ganztagesveranstaltung als Auftakt mit verschiedenen Workshops zum Reinschnuppern geplant für Samstag, den 18. 3. 2023.
- Das nächste „IGS Forum“ ist auf den Donnerstag, 23. 3. 2023 terminiert.
- **Weitere Informationen** können bei der Sprecherin des Landesvorstandes Hessen erfragt werden:
▶ ingridburow-hilbig@ggg-web.de

Nordrhein-Westfalen

Rainer Dahlhaus

In NRW hat sich nach den Landtagswahlen im Frühjahr die neue schwarz-grüne Landesregierung an die Arbeit gemacht. Für die GGG NRW waren der Vorsitzende Andreas Tempel und der Schriffführer Rainer Dahlhaus zum Antrittsbesuch bei der Ministerin Dorothee Feller (CDU) und ihrem Staatssekretär Dr. Urban Mauer (CDU).

Andreas Tempel und Rainer Dahlhaus haben dabei freundlich, aber klar die Unzufriedenheit der GGG mit dem Koalitionsvertrag zum Ausdruck gebracht, insbesondere hinsichtlich der angekündigten Fortschreibung des sog. Schulfriedens, der es nicht erlaubt, schulstrukturelle Verwerfungen im Lande grundlegend zu beheben. Auch das fehlende Abschulungsverbot, die weitgehende Befreiung der Gymnasien von der Inklusion, die problematische Lehrerversorgung an unseren Schulen an

schwierigen Standorten und der bislang defizitäre Sozialindex zur Ressourcensteuerung wurden angesprochen.

Schließlich wurde insbesondere der Staatssekretär um Unterstützung bei den Diskussionen in der KMK gebeten, um eine Festlegung auf äußere Fachleistungsdifferenzierung zu vermeiden und um Öffnungsklauseln hinsichtlich der Dauer des Bildungsgangs und einer Individualisierung der SchülerInnenlaufbahnen in den Regelungen zur gymnasialen Oberstufe zu erreichen.

Ministerin und Staatssekretär haben aufmerksam und zugewandt zugehört; ob das Gespräch Wirkungen zeigt, wird man sehen. Beide sind Verwaltungsmenschen und keine PädagogInnen, Dr. Mauer ist ein Vertrauter der Staatskanzlei. Es lässt sich vermuten, dass sie hauptsächlich beauftragt sind, im Schulbereich für Ruhe zu sorgen. Immerhin haben sie inzwischen einen Rechtsverordnungsentwurf für die Organisation von Distanzunterricht auf den Weg gebracht, der den Schulen die auch von der GGG geforderten Entscheidungsspielräume einräumt, wenn Corona wieder zu Infektionswellen führen sollte. Gegenüber Planlosigkeit der früheren FDP-Schulministerin Gebauer ist diese vorausschauende Planung ein bemerkenswerter Fortschritt.

Die jetzt wieder oppositionelle FDP versucht inzwischen in altbekannter Manier über Anträge im Landtag – z.B. zum Aufnahmeverfahren der Schulen in Klasse 5 – den integrierten Schulen in NRW zu schaden. Die GGG legt das bei jeder Gele-

genheit offen und erwartet von den anderen Parteien im Landtag, dass sie solchen Vorstößen entgegentreten.

Kontakt

► RainerDahlhaus@ggg-web.de

Schleswig-Holstein

Cornelia Östreich

Schwerpunkt „Oberstufe“

Die Versorgung mit allgemeinbildenden Oberstufen fällt in Schleswig-Holstein, je nach Kreisen, äußerst ungleich aus. Lenkt man den Fokus auf die Gemeinschaftsschulen – seit der Schulreform von 2007 das Äquivalent zur Gesamtschule –, erscheint das Missverhältnis noch krasser. Nominell besitzt Schleswig-Holstein seit jener Schulreform ein Zweisäulenmodell, das auch einen gleichberechtigten Zugang zum Abitur an Gymnasien und Gemeinschaftsschulen etablieren sollte. Tatsächlich jedoch ballt sich das Angebot, wenn man die Wahl zwischen Oberstufen an beiden Schulformen haben möchte, am Hamburger Rand und in einer Handvoll größerer Städte. An den meisten anderen Orten führt nur das klassische Gymnasium auf geradem Weg zum Abitur; in einer breiten „Schneise“ von der dänischen Grenzen bis weit in die Mitte des Landes gibt es gar kein Oberstufenangebot!

Entsprechend schlecht ist es um die Bildungsgerechtigkeit im Land bestellt: Je nach Kreis schwankt der Anteil der Abiturient*innen an einem Altersjahrgang zwischen einem und fast drei Fünfteln¹. Zwar hat die Zunahme von Gemeinschafts-

schulen infolge der o.g. Reform zu einem erkennbaren Anwachsen der Abiturient*innenquote geführt; aber bislang verfügt nur rund ein Viertel aller Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein über eine Oberstufe. Und auch hier gilt wieder: je weiter nach Norden und Westen bzw. je entfernter von den Ballungszentren, desto seltener.

Dass es „immer noch zu wenig Gemeinschaftsschulen mit Oberstufe“ gebe, hatte übrigens auch die Bildungsministerin des Landes, Karin Prien, Anfang des Jahres offen angesprochen². Das war jedoch vor der Landtagswahl; das neue Regierungsprogramm von CDU und Grünen setzt hier allerdings keine starken Impulse, sondern bekennt sich zur angeblich bewährten Schulstruktur in Schleswig-Holstein, samt einem ziemlich starren Verständnis von Fachleistungsdifferenzierung.

Es stellt in diesem Programm schon eine begrüßenswerte Flexibilisierung dar, dass der Vorbereitungsdienst für Studierende mit „Sekundarstufe II-Fakultas“³ nun auch an einer Gemeinschaftsschule ohne Oberstufe ermöglicht werden soll. Ob diese Schulform hierdurch jedoch, neben den dafür geeigneten Lehrkräften, auch die nötigen Oberstufen gewinnt, ist nicht garantiert.

Zwiespältig in ihren Auswirkungen auf die Gemeinschaftsschulen erscheint auch die bereits im Vorjahr angelaufene Oberstufenreform (OAPVO).

Zwar eröffnet diese durch eine Niveaudifferenzierung in den Kernfächern Deutsch, Englisch und Mathematik

neue Wege zum Abitur, von denen ganz besonders Lernende an Gemeinschaftsschulen profitieren könnten; doch dürfte die praktische Umsetzung in der Regel den Gymnasien leichter fallen, da diese personell weit besser versorgt sind. Der v. a. in Klassenstufe 12 überbordende Fächerkanon droht an knapp besetzten Schulen zu „ausgefranst“ Stundenplänen zu führen – weder für Schüler*innen noch für Lehrer*innen ein attraktiver Zustand! Und nicht nur bei der Anzahl der Fächer, auch bezüglich der Fachinhalte fehlte der Mut zur Straffung. Auch durch dieses stoffliche Zuviel werden die Gemeinschaftsschulen, die weit mehr als die Gymnasien an Inklusion und Integration zu leisten haben, ungleich stärker belastet.

Bislang sind Fortschritte im schleswig-holsteinischen Schulwesen hin zu längerem gemeinsamem Lernen vor allem durch den Elternwillen angestoßen worden. Ob sich dadurch in einem nächsten Schritt auch eine weitere Ausdehnung und Reform der Sekundarstufe II schaffen lässt? Der Bedarf ist unbestritten.

Kontakt

► CorneliaOestreich@ggg-web.de

Quellen

¹ Bildung in Schleswig-Holstein im Spiegel der nationalen Bildungsberichterstattung, Hrsg. DIPF/Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation 2020, Abb. 4.9, S.54.

² Lübecker Nachrichten, 18. Januar 2022, S.6 Norddeutschland: „Zu wenige Oberstufen im Norden“.

³ Also einer Unterrichtsberechtigung im gymnasialen Bildungsgang bis zum Abitur – Koalitionsvertrag Z.7.65f.